

POSITIONSPAPIER

TRANSPARENZ - BUDGET - VERWALTUNG

UNSERE HALTUNG

Transparenz ist ein zentraler Eckpfeiler der Demokratie und der Schlüssel für informierte Bürger_innen. Sie ist unverzichtbar für fundierte politische Entscheidungen und muss mehr als nur ein Lippenbekenntnis in unserem politischen System werden. Transparenz ist hochwirksamer Wirkstoff gegen strukturelle Korruption und Missbrauch. Sie macht Verbesserungspotentiale sichtbar und führt dadurch zu Reformen.

Transparenz, Informationsfreiheit und Medienfreiheit fördern öffentliche Kontrolle und eine Kultur, gewachsene Verwaltungsstrukturen zu hinterfragen und Verbesserungen zuzulassen. Transparent vorliegende Informationen sind der Treibstoff für Partizipation, Rechenschaftslegung und offene Kommunikation in unserem politischen System.

DIE HERAUSFORDERUNG

Österreich am letzten Platz beim „Right to Information Ranking“

Transparenz ist in Wien kein Qualitätskriterium, an dem politische Verantwortliche und die Verwaltung gemessen werden. Bürger_innen müssen viel Zeit aufwenden, Sachverhalte transparent zu machen oder logisch und einfach erklärt zu bekommen.

In Wien haben Bürger_innen kein Recht auf transparenten Informationszugang nach europäischen Standards wie z.B. in Hamburg. Österreich liegt im „Right to Information Ranking 2013“ am letzten Platz im Vergleich mit 95 (!) anderen Staaten. Das möchten wir ändern!

Roter Filz frisst uns auf

Stadtnahe Unternehmungen, Verwaltung und Parteien sind verfilzt, die Verhältnisse sind intransparent, strukturelle Korruption wird ermöglicht. Die Kosten dafür zahlen letztendlich wir alle. Es fehlt eine gesamthafte Darstellung und Übersicht über die Stadtverwaltung. Die zahlreichen ausgegliederten und stadtnahen Unternehmungen scheinen im Stadtbudget nicht auf (z.B. Wiener Linien, Wiener Wohnen, Fonds Soziales Wien oder Wien Holding). Es ist nicht ersichtlich, wer in Wien gefördert wird.

Stadtschulden auf Rekordstand

Die Schulden der Stadt haben sich innerhalb von sechs Jahren (2007 bis 2013) auf € 4,6 Milliarden mehr als verdreifacht, bei einem Budget von € 12,5 Milliarden (2013). Die Verantwortlichen haben es verabsäumt, in guten Zeiten Rücklagen zu bilden, um auf schlechte vorbereitet zu sein, was weder generationengerecht, noch nachhaltig ist.

Schuldenstände, Veranlagungen und Spekulationen werden nicht hinreichend ausgewiesen. Das Budget ist kaum nachvollziehbar und sagt wenig über die tatsächliche Vermögenssituation der Stadt aus. Dies reicht nicht aus, eine Stadt dieser Größe sicher und nachhaltig in die Zukunft zu steuern. Wir wissen nicht, wie hoch Wien tatsächlich verschuldet ist und welche Last den kommenden Generationen aufgebürdet wird.

Teures Verwaltungsdickicht

Wien ist nicht mehr zeitgemäß verwaltet und immer weniger für zukünftige Herausforderungen gewappnet. Die Stadt leistet sich 100 Gemeinderäte, 1.112 Bezirksräte inklusive zwei stellvertretende Bezirksvorsteher_innen pro Bezirk, sowie 23 Bezirksvorstehende.

Neben einer Vielzahl von Unternehmungen im Einfluss der Stadt existieren 70 Magistratsabteilungen, 19 Magistratsdirektionen und 19 Magistratische Bezirksämter. Wir wissen nicht, nach welchen Kriterien Spitzenpositionen in der Stadt bestellt werden. Auftragsvergaben erfolgen intransparent und erscheinen oft zweifelhaft. Angesichts der Budgetknappheit muss sich die Stadt fragen, wie sie sich reorganisieren soll. Wien leistet sich ein sehr teures Pensionssystem mit großem Sparpotential durch eine Pensionsreform für alle Bediensteten der Gemeinde Wien und Abschaffung ihrer Sonderrechte. Die Empfehlungen des Stadtrechnungshofs werden nur mangelhaft umgesetzt. Die Umsetzung einer umfassenden Verwaltungsreform ist noch nicht erfolgt und daher überfällig.

UNSERE VISION

Wiener Verwaltungsmodernisierungs-Modell

Transparenz schafft Vertrauen. Wien ist ein Leuchtturm an Transparenz in Europa und hat sich mit einem "Wiener Verwaltungsmodernisierungs-Modell" einen internationalen Namen gemacht. Die politischen Entscheidungsträger_innen haben Transparenz als Chance erkannt: Wiens Bürger_innen sind umfassend informiert, dadurch gestärkt und diskutieren auf Augenhöhe die Zukunftsperspektiven der Stadt. Die Stadtverwaltung ist ein serviceorientierter, effizienter Dienstleister geworden, hat sich zeitgemäß neu organisiert und ihre historisch gewachsene Strukturen an gesellschaftliche Veränderungen und zukünftige Herausforderungen angepasst.

Informationsfreiheitsgesetz für Wien

Wien hat ein Informationsfreiheitsgesetz, das den (barriere-)freien und kostenlosen Zugang (e-Government, Open Data) zu Informationen über die Stadt und ihre Geschäfte, Dokumente und Verträge gewährleistet. Wichtige Sachverhalte wie Finanzgebarung, Beteiligungen der Stadt inkl. aller nahestehenden Unternehmungen und finanzielle Konsequenzen sind einsehbar, nachvollziehbar und kontrollierbar. Alle Bürger_innen erhalten schnell relevante Informationen darüber, wem im Zusammenhang von kommunalen Verwaltungstätigkeiten eine Unternehmung gehört, wer daran beteiligt ist, wie sie wirtschaftlich dasteht und wie sie beauftragt wurde. Die Bürger_innenbeteiligung ist massiv gestärkt und die Wiener_innen sind in Entscheidungen eingebunden. Das Amtsgeheimnis ist abgeschafft.

Nachhaltiges Wirtschaften und transparente Budgets

In der Wiener Budgetpolitik schafft man durch Überschüsse finanziellen Spielraum für schlechte Zeiten und tätigt Investitionen für kommende Generationen. Für alle öffentlichen Bereiche haben alle Bürger_innen die Möglichkeit nachzuvollziehen, was mit dem Geld der Stadt geschieht. Gebühren werden sozial ausgewogen, fair und transparent festgelegt. Die Stadt hat auf ein neues kommunales Rechnungswesen auf Basis der European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) umgestellt (mit Finanzierungsrechnung, Ergebnisrechnung, sowie Vermögensrechnung), in dem das Budget sowie Abschlüsse nachvollziehbar abgebildet sind. Ein neues Fördergesetz macht sämtliche Subventionen transparent und bindet diese an die Erreichung evaluierbarer Ziele und Kriterien im Sinne des Gemeinwohls.

Chancen- und Leistungsgerechtigkeit statt Freunderlwirtschaft

Wien wird von hoch motivierten Führungskräften und Mitarbeiter_innen verwaltet. Die Kontrolle erfolgt durch einen tatsächlich unabhängigen Stadtrechnungshof mit erweitertem Prüfungsmandat. Jede Auftragsvergabe und Besetzung von Spitzenpositionen der Stadtverwaltung und aller Unternehmungen in der Einflussphäre der Stadt Wien erfolgen nachvollziehbar und leistungsgerecht. Das Vertrauen in die Wiener Politik und Verwaltung ist groß.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Transparenz schafft Vertrauen in die Wiener Stadtverwaltung

Wir fordern Transparenz für Wien. Wir messen den Grad an Transparenz indem wir folgende vier Kriterien anwenden: Verständlichkeit – Relevanz – Zuverlässigkeit – Vergleichbarkeit (Grundlage im §41 Bundeshaushaltsgesetz). Partizipation und Bürger_innenbeteiligung sind ohne Transparenz undenkbar. Wien soll daher ein Transparenzmodell samt Informationsfreiheitsgesetz implementieren:

- Bürger_innenrecht auf freien Zugang zu Informationen über die Stadt und ihre Geschäfte, Dokumente und Verträge unter Wahrung des Datenschutzes; Bekenntnis der Stadt Wien zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses auf Bundesebene
- Ein zentrales Informationsregister wird geschaffen und laufend aktualisiert, in dem Informationen und Daten verpflichtend online zur Verfügung gestellt werden (wie Veröffentlichung der von der Stadt und ihrer Unternehmungen geschlossenen Verträge, Haftungen sowie finanzierten Studien und Gutachten sowie Förderungen)
- Medienbeteiligungen der Stadt, Inserate und Werbeschaltungen sind transparent zu machen
- Ein Wiener Förderungsgesetz mit Sanktionsmöglichkeiten (Offenlegungspflicht der Geförderten) soll geschaffen werden; Formulierung und Evaluierung der Kriterien, nach denen die Stadt Förderungen vergibt
- Ein/e Informationsbeauftragte/r wird eingerichtet, die/der zentral, unabhängig und weisungsfrei die Einhaltung von Informationsfreiheit und Datenschutz überwacht

Umsetzung einer Open Government Initiative für alle Bezirke

- Online-Übertragungen der Bezirksvertretungssitzungen
- Tagesordnungspunkte und Anträge werden im Voraus bekannt gegeben
- Alle Bezirksvertretungssitzungen und die Ausschüsse sollen generell öffentlich sein
- Die Protokolle der Sitzungen für alle Bezirke werden online zeitnahe veröffentlicht
- Rechnungsabschlüsse werden für alle Bezirke zentral veröffentlicht
- Reform der Parteienförderung in Wien
- Langfristiges Ziel ist die Kürzung der österreichweiten Parteienförderung um bis zu 75% auf einen Referenzwert der Parteienförderung in Deutschland
- Abschaffen der automatischen jährlichen Inflationsanpassung

- Forderung eines Verbots von wirtschaftlicher Betätigung von politischen Parteien als Vorbild für eine bundesweite Regelung
- Verpflichtende Veröffentlichung von Parteispenden ab € 3.500,-
- Der Bundesrechnungshof erhält ein verpflichtendes Prüfungsmandat der Parteifinanzen unter Schaffung von Sanktionsmechanismen
- Die Parteienförderung wird gebunden an die absolute Stimmenanzahl, nicht an den Stimmenanteil (=Koppelung an Wahlbeteiligung)

Ausgeglichene Budgets und Bremsen der Stadtschulden

Die Bürger_innen Wiens haben ein Recht auf eine sorgfältige und nachvollziehbare Verwendung ihrer Steuergelder sowie entrichteter Abgaben und Gebühren. Eine nachhaltige Finanzpolitik erfordert, dass in guten Zeiten auch ausreichend Rücklagen gebildet werden, anstatt mit Schulden die nächsten Generationen zu belasten:

- Schuldenbremse über den Konjunkturzyklus: Wien verpflichtet sich ausgeglichen zu budgetieren und langfristig seine Schulden abzubauen
- Durch eine umfassende Verwaltungsreform unter Einbindung der Bürger_innen wird die Stadtverwaltung effizienter geführt; die Steuerung erfolgt mittels konkreter Zielvorgaben und Qualitätsstandards
- Umsetzung der Pensionsreform für alle Bediensteten der Gemeinde Wien und Beseitigung von Sonderrechten (Angleichung Beamt_innenpensionen an Bundesregelung) sowie Abschaffung der Ausnahmen vom Sonderpensionenbegrenzungsgesetz
- Besteuerungsrecht für Wien: wer Steuergeld ausgibt, muss auch für dessen Einhebung verantwortlich sein; Wien fordert den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern neu zu regeln (z.B. Aufteilung der KöSt zwischen Bund und Wien)
- Wien darf nicht spekulieren: ein langfristiges Konzept der Fremdfinanzierung soll erstellt werden
- Stärkung der freiwilligen Bürger_innenpartizipation auch bei Projektfinanzierungen (z.B. Crowd Funding), um innovative Projekte und Ideen in der Stadt zu ermöglichen

Die Stadt als Dienstleister für ihre Bürger_innen: Reformdynamik statt Verwaltungsfrust

Die Wiener Stadtverwaltung konzentriert sich darauf, neben hoheitlichen Aufgaben, ihre Bürger_innen bestmöglich mit kommunalen Dienstleistungen in hoher Qualität zu versorgen. Die Dienstleistungen sollen möglichst effektiv, effizient unter öffentlicher Kontrolle angeboten werden. Der Filz an diversen privatwirtschaftlichen Unternehmungen sowie sonstiger zurechenbarer Organisationsformen (z.B. Vereine, Stiftungen, etc.) unter Stadtbeteiligung wird durchkämmt. Die historisch gewachsenen Verwaltungsstrukturen werden hinterfragt. Es ist öffentlich zu diskutieren, welche Aufgaben in welcher Form durch die Stadt zu erfüllen sind:

- Die Stadt soll, neben hoheitlichen Aufgaben, die Verantwortung über Bereiche der Grundversorgung und Infrastruktur ohne Profitorientierung übernehmen, sodass der Zugang aller Bürger_innen dazu gewährleistet ist
- Dazu wird unter Einbindung der Bürger_innen eine Strategie erarbeitet, wie die Kompetenzen der kommunalen Verwaltung neu geordnet werden
- Nichthoheitliche Aufgaben und Dienstleistungen abseits der Grundversorgung und Infrastruktur können auch durch nichtöffentliche Unternehmungen erbracht werden; mögliche Privatisierungen erfolgen nur unter einer volkswirtschaftlichen Perspektive (im Sinne des Gemeinnutzens) und nach einer breiten Einbindung der Bürger_innen
- Alle öffentlichen Leistungen werden laufend evaluiert - wo Kostenwahrheit Handlungsbedarf aufzeigt, wird reformiert (Überprüfung durch Stadtrechnungshof)
- Stärkung der öffentlichen Verwaltung und ihrer Bediensteten im Sinne ihrer Rechte und Pflichten und der damit verbundenen Entpolitisierung
- Ende vom Proporz: klare Stellvertretungsregelungen statt "Versorgungsposten"
- Spitzenpositionen der Stadtverwaltung und ausgegliederter Unternehmungen, sowie Ausschuss- und Beiratsfunktionen sind durch einen transparenten und öffentlichen Ausschreibungs- und Bewerbungsprozess zu besetzen
- Compliance-Richtlinien hinsichtlich Nebentätigkeiten müssen wirkungsvoll kontrolliert werden
- Amtswege müssen verkürzt werden; für Rechtsbehelfe und Rechtsmittel ist ausnahmslos und ausdrücklich das Landesverwaltungsgericht zuständig

Transparenz in den Stadtfinanzen, bei Gebühren und Steuern leben

Eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Verwaltung der Stadt ist die transparente Darstellung der Gebarung, des Budgets und von Steuern und Gebühren:

- Die bisher praktizierte Buchhaltung der Kameralistik wird durch eine moderne kommunale Rechnungslegung mitsamt Elementen der doppelten Buchführung (Doppik) ersetzt; Basis sind die European Public Sector Accounting Standards mitsamt einer Finanzierungsrechnung, Ergebnisrechnung sowie Vermögensrechnung
- Die Grundlagen der Preisgestaltung aller Gebühren städtischer Leistungen werden im Rahmen des Rechnungsabschlusses veröffentlicht (inklusive einer Aufstellung der Gebarung von Wiener Wohnen und des Immobilienbestandes der Stadt)
- Es werden alle bestehenden Wertpapierveranlagungen und Spekulationsgeschäfte (insbesondere Fremdwährungskredite) der Stadt inklusive der Bewertungsprinzipien offen gelegt
- Die Finanzierungskosten bei der Budgetplanung von Investitionen sind zu berücksichtigen und Kostenüberschreitungen beschlossener Investitionen werden nicht automatisch im Nachhinein akzeptiert
- Der Stadtrechnungshof wird politisch unabhängig organisiert und erhält ein drastisch erweitertes Mandat zur Prüfung aller öffentlichen Mittelverwendungen unabhängig vom Beteiligungsanteil; innerhalb von drei Monaten nach Vorliegen eines Rechnungshofberichts ist von der Stadt Wien ein Maßnahmenkatalog mit konkreten Verantwortlichkeiten zu veröffentlichen
- Die Zuteilung von Budgets (auch Bezirke) erfolgt anhand transparenter und nachvollziehbarer Kriterien